

# Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

Nr. 4

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.  
Adressen und Anzeigen: Hamburg 25,  
Claus-Büro-Str. 1, Telno.: Nordse, 8246.

Anzeigen kosten die schreibgesetzte Non-  
pareillezeile oder deren dauer 50 pt. (der  
Betrag ist stets vorher abzugeben).  
Verbandsanzeigen kosten 25 pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Hamburg, den 24. Januar 1920

	1914	1915	1916	1917	1918	1919
pro Kopf	.....	6,77	10,47	18,87	18,70	14,55
Steigerung in Prog. seit 1914 —					25,16	271,8

Seit Oktober ist aber die Steigerung der Lebensmittelpreise eine recht große gewesen. Wenn nun der deutsche Arbeiter, wie das Reichsstatistische Amt schon vor dem Kriege ermittelt hat, etwa die Hälfte seiner Einnahme für Mieten, Kleidung usw. aufwenden muss, so kann danach jeder Kollege selbst ermessen, wieviel ihm am Lohn fehlt, um so leben zu können, wie vor dem Kriege ein Marinesoldat erfuhr wurde, dessen Station bekanntlich Galwer als Grundlage für seine Berechnungen dient.

Es ist begreiflich, daß durch die fortgesetzte Preisssteigerung bei allen lebensnotwendigen Produkten in den weitesten Kreisen des Volkes Unzufriedenheit und Erbitterung entsteht. Die Erzeuger und Händler machen riesige Gewinne, die Löhne der Arbeiter dagegen bleiben immer weiter hinter den Auswendungen für den Lebensunterhalt zurück. Ist eine tarifliche Abmachung auf höheren Lohn vereinbart, so muß vielfach erst noch Wochenlang um die Durchführung gekämpft werden, und ist dies glücklich gelungen, hat die anhaltende Teuerung wieder den erhofften Erfolg zunächst gemacht. Deshalb können die Arbeiter in ihren Bestrebungen um weitere Lohn erhöhungen nicht zurückbleiben. Die notwendigen Schritte auch für unsere Kollegen sind bereits vom Verbandsvorstand geschlossen. Es kann dem Arbeitgeber nicht augemutet werden, daß ihm fortwährend die vollen Lasten aufgedrückt werden sollen. Die langen Jahre der Not und des Elends haben die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft so außerordentlich verschlechtert, daß es ihr unmöglich ist, noch weitere Lasten zu tragen.

Wenn demnach unsere wichtigsten Lebensmittel und Warenkärtchen so enorm teuer geworden sind, daß fortwährendlich den Arbeitern Angestellten und Beamten ihr Entkommen auch auf schnellstem Wege entsprechend erhöht werden. Die von der Regierung und den Arbeitsgemeinschaften errechneten Verhöhrungen von M. 6 die Woche für eine fünfköpfige Familie sind viel zu niedrig angenommen, da mit einer allgemeinen Besteuerung aller zum Lebensunterhalt notwendigen Produkte zu rechnen ist. Bereits vor einigen Wochen konnte der Direktor des Statistischen Amts der Stadt Berlin-Schöneberg feststellen, daß das Leben für die Arbeiter und Angestellten in Groß-Berlin etwa fünf- bis sechsmal so teuer ist wie vor dem Kriege. Leider beschränkt sich die Preisssteigerung nicht nur auf die Ernährung, sie ist mindestens ebenso groß für Beleuchtung und Heizung und noch um vieles höher für Kleidung. Was hier für Groß-Berlin gilt, trifft aber für alle größeren Städte und Industrieorte zu. Nach einer im November vom Hamburger Gewerkschaftskartell aufgenommenen Monatsausstellung über die Haushaltungsausgaben einer Familie mit 8 Kindern gestalteten sich die Gesamtausgaben im Monat auf M. 717,40. Bei einem Stundenlohn von M. 8, was bei achtundvierzigstündiger Arbeitszeit und 26 Arbeitstagen ein Monatsinkommen von M. 624 ergibt, würde sich noch ein Fehlbetrag von M. 98,40 ergeben. Da nun die Ausgabe die Einnahme bei weitem übersteigt, muß notwendigerweise der Haushalt leiden, für Anschaffungen, Erfas für Möbelien, Kleidung, Wäsche usw. bleibt beinahe nichts übrig. Und unter solchen verelendenden Zuständen quält sich die große Masse des Volkes schon Jahrzehnt hin.

Es ergibt sich hieraus mit aller Deutlichkeit, daß eben die Löhne im allgemeinen noch viel zu niedrig sind. Dazu kommen zum jetzt noch die weiter erhöhten Lebensmittelpreise, Fahrpreise, Steuern usw. Gewiß, auch die Arbeiter sehen es ein, daß es nach Lage der Dinge zurzeit nicht möglich ist, durch eine allgemeine entsprechende Erhöhung der Geldlöhne wieder den alten Reallohn erreichen zu können, weil dadurch wohl die Kaufkraft der Massen gesteigert würde, ohne daß gleichzeitig die vorhandenen Warenmengen vermehrt würden. Allein die tatsächlich vorhandenen Warenmengen steigen fortgesetzt im Preise, nicht selten sogar mehrmals an einem Tage, und diesen Preiserhöhungen müssen die Löhne folgen, wenn die Arbeiter nicht den Mangel an Waren durch Hunger ausgleichen sollen. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise bringt den Arbeitern eine ungeheure Belastung der Lebenslage. Nach den statistischen Monatsberechnungen von Galwer betragen nur die Ausgaben für Lebensmittel einer Familie mit 5 Köpfen in Monat Oktober der Jahre:

wenn durch eine organisierte Zusammenfassung der Kräfte unter Vermeldung jeglicher Kräfteversplitterung und Kräftevergeudung die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit innerhalb des sozialisierten Betriebes gesteigert werden kann. Ob dies möglich sein wird, läßt sich nicht ohne weiteres sagen; am besten ließe es sich durch einen Versuch feststellen; doch erscheint es nicht gerade ratsam, kostspielige Versuche vorzunehmen. Es ist ja überhaupt schlimm, daß wir gezwungen sind, die Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens unter solch ungünstigen Verhältnissen, in einer Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, durchzuführen. Aber das läßt sich nun einmal nicht ändern.

Die zweite Grundbedingung einer Sozialisierung ist die, daß alle Erwerbstätige, Tätigkeiten und Eigenschaften, die die kapitalistische Wirtschaftsweise ausgezeichnet haben, auch in einem sozialisierten Betrieb nicht fehlen. Der Kapitalismus hat viele tüchtige Leute hervorgebracht, deren Tatkräft, Initiative, Unternehmungslust, Umsicht, Pflichttreue und Verantwortungsgefühl großes geschaffen hat. Als Triebfeder diente ihm das persönliche Interesse des einzelnen, vor allen Dingen die in jedem Menschen steckende Gewerbsgier, und da er es verstanden hat, die Selbstsucht des einzelnen durch Steigerung des Lohnes oder des Gewinnes in jeder Weise aufzustacheln, so fand er überall tüchtige Helfer. Der Sozialismus will die Selbstsucht allerdings nicht völlig ausschalten, aber doch mehr in den Hintergrund drängen zugunsten des Allgemeininteresses; und da fragt es sich denn doch, ob die Menschen in einem sozialisierten Betrieb aus keiner Sorge für das Gemeinwohl ebenso fleißig, gewissenhaft und pflichtgetreu ihre Schuldigkeiten tun werden wie unter dem Einfluß ihres Geldbeutelinteresses. Auch diese Frage läßt sich nicht ohne weiteres beantworten, die Erfahrung wird auch hier die beste Lehrmeisterin sein, immerhin hoffen wir, daß der durch eine sozialistische Erziehung großgezogene Gemeinsinn imstande sein wird, ebenso viel zu leisten wie die in der kapitalistischen Wirtschaftsweise förmlich geübte Gewerbsgier.

Die dritte Grundbedingung einer Sozialisierung ist die, daß auch in dem sozialisierten Betrieb dieselbe Autorität und Disziplin, Ordnung und Pünktlichkeit herrscht wie in einem privatkapitalistischen Betrieb. Wer da glaubt, in der sozialistischen Wirtschaftsweise herrsche Freiheit und Gleichheit, und jeder könne tun, was er wolle, der irrt ganz gewaltig. Die Voraussetzung eines jeden kooperativen Betriebes, das heißt, eines jeden Betriebes, in dem zahlreiche Menschen nach einem bestimmten Plan unter einer einheitlichen Leitung beschäftigt werden, ist eine über- und Unterordnung der Beteiligten. Es muß Vorgesetzte geben, die Anordnungen treffen, und es müssen auch Untergebene da sein, die diese Anordnungen ausführen. Allerdings soll der kapitalistische Zwang mittels der Hungerspeisung wegfallen, aber es soll dafür die freiwillige Unterordnung unter eine auf Sachzunde, Gerechtigkeitsgefühl und sozialer Gleichheit beruhende Autorität treten. Ein sozialisierter Betrieb muß die Vorteile eines äußeren, organisatorisch möglichst vollkommenen Aufbaues mit denen eines inneren, planmäßig ineinander greifenden organischen Aufbaues vereinen. Er muß nicht nur technisch auf der Höhe, sondern auch im Innern sozialistisch durchgebildet sein.

Die Erfüllung der vorstehenden drei Grundbedingungen einer Sozialisierung, die Wert haben und von Dauer sein soll, ist natürlich keine leichte Aufgabe. Sie kann in keinem Falle das Ergebnis einer rein mechanischen Umwälzung oder eines einfachen Besitzwechsels sein, sie kann sich vielmehr nur auf dem Wege einer langsamem Umgestaltung vollziehen. Die Sozialisierung ist eben kein einmaliger Akt, sondern ein Entwicklungsvorgang.

## Die drei Grundbedingungen einer Sozialisierung.

Das durchaus berechtigte Verlangen der deutschen Arbeiterschaft nach einer Vergemeinschaftung unseres Wirtschaftslebens stößt bekanntlich auf große, bisher unterschätzte Schwierigkeiten. In manchen Erwerbszweigen sind die Verhältnisse noch nicht reif dazu, in manchen andern hat der Krieg eine vollständige Zerrüttung herbeigeführt. Und ob die Menschen, so wie sie heute nun einmal sind, schon die nötige Reife besitzen, um den Sozialisierungsgedanken verwirklichen und die sozialisierten Betriebe ertragfähig machen zu können, hinter diese Frage steht ein ehrlicher Mensch, der die Wahrheit liebt und Sinn hat für die Wirklichkeit, ein diides Fragezeichen. Es nützt ja nichts, daß man der Arbeiterschaft die technischen und sozialgeistigen Schwierigkeiten einer Sozialisierung unter den heutigen ungünstigen Verhältnissen verschweigt; viel besser ist es, wenn man zur Vorsicht mahnt, um spätere unausbleibliche Mißerfolge und Enttäuschungen zu verhindern. Es kommt ja darauf an, daß eine möglichst gut arbeitende wirtschaftliche Organisation geschaffen wird, die die Fehler der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsweise ausschaltet, und daß in diesem Organismus Menschen sich betätigen, die den Geist des Kapitalismus abgetan haben und vom Geiste des Sozialismus erfüllt sind. Die Frage der Sozialisierung ist also eine Wirtschafts- und zu gleich eine Erziehungsfrau, und hierin liegt die ungemein große Schwierigkeit ihrer Lösung.

Die erste Grundbedingung einer Sozialisierung ist die, daß ein sozialisierter Betrieb mindestens ebenso ertragreich oder vielmehr noch ertragreicher arbeitet, als ein privatkapitalistischer Betrieb. Ist diese Möglichkeit nicht gegeben, oder besteht sogar die Wahrscheinlichkeit, daß der Ertrag sinken wird, so tut man besser daran, von einer Sozialisierung Abstand zu nehmen und durch eine höhere Besteuerung des Besitzers den Betrieb für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Eine Sozialisierung um jeden Preis hat für uns keinen Wert; sie ist nur dann vorzunehmen, wenn sie dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und der Sparhaftigkeit entspricht, das heißt,

## Zum neuen Tarifabschluß.

Unser am 10. Februar ablaufender Tarifvertrag veranlaßt mich, einen Blick in die Zukunft zu tun. Die Grundidee des jetzigen Vertrages ist, durch eine möglichst einheitliche zentrale Form das Gegenüberkommen innerhalb der Vertragsparteien zu verhindern. Bis zu einem gewissen Grade hat dies für beide Vertragsstelle segensreich gewirkt. Es entsteht aber jetzt die Frage: welche Verhältnisse und Umstände liegen vor, die eine Erneuerung des Tarifvertrages auf anderer Grundlage notwendig machen. Die Generalversammlung war sich darüber einig, daß der neue Vertrag den Freien und Befreiten mehr Bewegungsfreiheit bringen muß. Die rein zentralistischen Abmachungen sind in ihrer diktatorischen Form teilweise nicht das gewesen, was die Kollegen verlangten. Und da diese zentralen Abmachungen außerdem geeignet sind, den Kampfcharakter in Kollegenstreit zu schwächen, ist es notwendig, einer aufzutretenden Richtung Platz zu machen.

Um dazu zu gelangen, wäre es praktisch, einen Hauptvertrag mit zentraler Leitung und Ortsverträge unter zentraler Überleitung zu schaffen. Der Hauptvertrag müßte die Bestimmungen grundähnlicher Natur festlegen, der Ortsvertrag hätte die Aufgabe, diese Bestimmungen praktisch zu verbessern oder zu ergänzen. Nun einiges zu den brennendsten Fragen im nächsten Tarifvertrage.

Im Hauptvertrag müßte festgelegt werden die Arbeitszeitdauer und die prinzipielle Verteilung, daß die tägliche Arbeitszeit in die Tagesstunden gelegt wird, daß der Nachmittag zum Teil dem Kollegen für seine Privatzecke frei bleibt. Die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit ist auf 48 Stunden festzusehen, um den Sonnabend nachmittag möglichst frei zu bekommen. Eine weitere Frage ist die Regelung der Überstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit. Grundsätzlich sollte verlangt werden, daß dies nur bei den dringendsten Fällen und nur mit Genehmigung des Betriebsrates oder Obmannes geschehen darf. Als Überstunden gelten die ersten 2 Stunden nach der normalen Arbeitszeit, sonstige Zeit ist Nacharbeit. Hauptvertraglich müßte festgelegt werden, welcher Lohnaufschlag für diese Arbeiten gezahlt werden muß.

Ein besonderes Kapitel ist der Lohn, die Lohnzuschläge und die Lohnzahlung. Zu erwägen wäre, ob es praktisch ist, die Lohnhöhe vom Alter abhängig zu machen. Zweckmäßig wäre es, festzulegen, daß für alle Arbeitnehmer ein gleich hoher Reichsgrundlohn zu zahlen ist; der Ortsvertrag hat dann die Aufgabe, diesen Grundlohn den örtlichen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Die Grundhöhe für diese Lohnzuschläge wären im Hauptvertrag niedzulegen. — Es geht das berechtigte Bestreben der arbeitenden Bevölkerung dahin, sich so zu versorgen, wie es nach Lage der Familien- und Lebensverhältnisse notwendig ist. Die Gemeinde-, Industrie- und Staatsarbeiter und Beamten erhalten Familienehölfen zum Lohn; kann man es unsfern Kollegen verdenken, wenn dies auch gefordert wird? Ich sage nein! Aber unser Beruf mit seinem Fleimmeisterlichen Unternehmertum ist zurzeit nicht in der Lage, diese Frage so zu lösen, wie es notwendig wäre. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Zahlung von Ehe- und Kinderzuschläge zum Lohn reine Staatsangelegenheit ist, aber die Unternehmer hätten die Mittel dazu auszubringen. Doch mit Nutzenmiss ist den verheirateten Kollegen nicht geholfen; vielleicht kann in dieser Frage eine grundlegende Bestimmung in dem Hauptvertrag aufgenommen werden. Warnen muß ich aber davor, daß für die Verheirateten ein höherer Lohn eingesetzt wird; denn das ist eine zweckmäßige Waffe, die sich bei schlechtem Geschäftsgang querst gegen jene richten und außerdem die Uneinigkeit fördern würde.

Auch die Lohnzuschläge müßten im Prinzip und in prazisaler Festlegung im Hauptvertrag festgelegt sein. Lohnzuschläge sind berechtigt bei gefährlichen und gewundshärdlichen Arbeiten; zu letzteren gehören die Löbrenn- und Abbaearbeiten. Bei der fünfjährigen Ertragmaterialsverarbeitung werden die Ablauarbeiten an der Tagesordnung sein. Weil sich diese Arbeiten über das ganze Reich erstrecken, ist es notwendig, daß von zentraler Stelle im Hauptvertrag bestimmte Lohnzuschläge grundsätzlich festgelegt werden. Außerdem muß verlangt werden, daß Gummidhölzere und Holzdhölzere dazu geliefert werden. Die Lohnzuschläge für Überlandarbeiten und Fahrgeldergütungen wären so festzulegen, daß gesagt wird, „die Säge für diese müssen sich denjenigen der andern Bauerns anpassen“; die Höhe der Säge ist örtlich zu regeln.

Auch die Lohnzahlung ist eine das ganze Reichsgebiet umfassende Frage. Es ist notwendig festzulegen, daß der Lohn am Schluß der Arbeitszeit gezahlt sein muß; daß bei sofortiger Entlassung auch der Lohn sofort gezahlt wird und bei freiwilliger Aufgabe der Arbeit der Lohn mindestens 1 Stunde nach dem tatsächlichen Arbeitsabschluß erfolgt. Der Lohnzahnsatz in Sachen des Ortsvertrages.

Neder Staats- oder Gemeindearbeiter oder Beamte erhalten alljährlich Erholungsurlaub. Wie steht es bei uns? Im Hauptvertrag muß klar und klar gesagt werden, daß jeder berufliche Arbeitnehmer bei einschließlich beruflicher Beschäftigung am Ende 3 Tage Ferien erhält mit Fortzahlung des Lohnes. Die Urlaubszugriff trug in die Ferne vor die Eltern fallen; berufliche, verdienerbrinrende Arbeit in dieser Zeit ist nicht erlaubt. Das Recht auf den Erholungsurlaub noch nicht. Die Ausübung der Ferien wäre durch Umlageverfahren vor den Arbeitgebern auszutragen. Bis der Staat die entsprechende Durchführung. Die tatsächliche Durchführung müssen Angebote der örtlichen oder bezirklichen Organisationen und der Verkehrsvereine ausreichend.

Ein weiteres Wurde für die Verhöhung von Lebzeiten für den Beruf. Im Hauptvertrag muß verlangt werden, daß die Verhöhung und Vermittlung der Lebzeiten den beiden Vertragsparteien geregelt wird. Es muß folgendes geschehen, daß die Lehrzeit 3 Jahre be-

trägt, daß die wöchentliche Vergütung im ersten Jahre nicht unter ein Sechstel, im zweiten ein Viertel und im dritten Jahre, die Hälfte des Mindestlohnes für Gehilfen über 20 Jahre betrügen muß. Wenn die Meister auf diesen Passus nicht eingehen, so werden diese neuen Arbeitskräfte erlangen. Auch in dieser Frage wird es in kürzer Zeit Aufgabe des Staates sein, eingzugreifen.

Im Hauptvertrag muß weiter verlangt werden, daß dem Betriebsrätegesetz Geltung verschafft wird, daß in jedem kleinen Betrieb ein Obmann vorhanden sein muß und daß diese im Ortsvertrag als Ortsbetriebsrat vereinbart sind. Die Grundlage für die Tätigkeit der Betriebsräte sind im Hauptvertrag niedzulegen.

In den Hauptvertrag gehören weiter die Bestimmungen über Tarifübereinkunft, die Maßnahmen bei Tarifübereinkünften, die Arbeitsvermittlung, die Tarifbänder, die Festlegung des Beispunktes der Beratung des Ortsrates, der Entwurf zum Vertragsmuster des Ortsrates usw. Besondere Aufmerksamkeit wäre geboten, daß bei Tarifstreitigkeiten örtlicher Natur über bei Verhinderung der Beratung und Durchführung eines Ortsrates, der Schiedsgericht anzurufen ist; dies wäre im Hauptvertrag festzulegen.

Die letzte Forderung ist meines Erachtens außerst notwendig; denn wir wissen aus Erfahrung, wie arbeitsfeindlich ein großer Teil der Arbeitgeber ist; einzelnen ist jedes menschliche Mitgefühl abhanden gekommen, nur ihr eigenes Ich ist für sie maßgebend. Da aber jene Elemente die treibenden Kräfte in den Innungsversammlungen sind und die anderen nur zu gern diesen Schafsmachern folgen, ist es notwendig, die örtlichen Verhandlungen durch jene unlauteren Manipulationen einzelner nicht führen zu lassen. Zu einem örtlichen Vertragsmuster möchte ich heute noch nicht Stellung nehmen, weil das sich lediglich nur von Fall zu Fall entscheiden läßt.

G. K. L.

## Der Arbeitsmarkt im November 1919.

Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise für das gesamte Handgewerbe im November 1919 nach den Berichten des Reichsarbeitsblattes ergab folgendes Resultat:

	Arbeits- suchende Männer	Offene Stellen	Befestige Stellen
Davon entfallen auf:	49888	28887	16788
Maurer, Stuckateure	29180	12690	8076
Zimmerer	5498	4687	2826
Maler, Lackierer, Anstricher	14097	3179	2566
Glaser	891	517	297

Auf 100 offene Stellen entfallen demnach auf das Handgewerbe Arbeitsgesuchte in den Monaten September, Oktober und November 1919:

	September	Oktober	November
Von Maurern	60,8	80,8	177,1
Zimmerern	81,8	70,8	118,9
Maler	141,0	107,8	462,3
Glaser	192,4	98,8	188,6

Für das Malergewerbe verteilen sich nach dem amtlichen Bericht Angebot und Nachfrage in den Monaten September, Oktober und November 1919 auf die einzelnen Landesteile wie folgt:

	Arbeits- suchende Männer		Offene Stellen	
	Arbeits- suchende Männer	Offene Stellen	Arbeits- suchende Männer	Offene Stellen
Ostpreußen	69	68	182	49
Westpreußen	181	86	194	52
Berlin u. Brandenburg	2812	1829	8010	1212
Pommern	189	162	188	191
Posen	47	49	—	425
Sachsen	259	180	808	188
Sachsen-Holstein	271	208	877	885
Hannover	498	854	491	221
Hannover	810	388	254	289
Westfalen	261	458	289	496
Hessen-Nassau	588	449	518	356
Rheinland	697	890	792	788
Bayern	882	479	1148	835
Freistaat Sachsen	1682	680	1516	417
Württemberg	411	285	388	282
Baden	426	375	888	273
Hessen	122	109	124	98
Mecklenburg-Schw.	81	75	52	64
Thüring. Staaten	224	201	—	868
Oldenburg	68	78	80	88
Braunschweig	76	78	76	68
Lübeck	54	65	42	82
Bremen	226	258	284	207
Hamburg	1718	640	1447	389
			1708	87

Nach unserer monatlichen Verbandsstatistik über die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder ergibt sich, daß im September 1919 1826 Kollegen (8,44 vpt.), im Oktober 2404 Kollegen (5,18 vpt.), im November 4511 Kollegen (9,81 vpt.) und im Dezember 5824 Kollegen (11,22 vpt.) arbeitslos waren. Die Gesamtgergebnisse aus unserer monatlichen Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im Laufe des Jahres 1919 ergeben folgendes Bild:

Monat	Gebe- richten- ten Mitglieder in d. berid- genden Bil- dungs- räten 1919	Mitglieder in d. Monat- schluss 1919	Auf 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose			
			September 1918	Oktober 1918	November 1918	Dezember 1918
Januar	106	20797	102	4811	7,08	3,66
Februar	111	25677	81	3556	4,94	2,26
März	127	30470	15	3269	1,82	0,79
April	160	34148	27	2978	2,05	0,74
Mai	159	36960	28	2282	2,07	0,44
Juni	160	39635	60	2194	2,08	0,20
Juli	170	41863	20	2718	2,24	0,29
August	180	43282	20	2146	1,89	0,21
Septbr.	181	44399	22	1526	0,81	0,15
Oktober	181	46408	39	2404	1,59	0,47
November	179	45952	577	4511	2,29	0,66
Dezember	179	47436	2901	5324	3,39	1,38

## Volkssabstimmung in Schleswig, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien.

In allerndärfster Zeit steht ein Teil des deutschen Volksgenossen, und zwar alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen, die in den betreffenden Gebieten geboren sind, vor einer Abstimmung, wie sie bedeutungsvoller und folgerichtiger noch nie im Leben eines Volkes stattgefunden hat. Es handelt sich bei dieser Abstimmung um nicht mehr und nicht weniger als um die Frage, ob die in Betracht kommenden Gebiete deutsch bleiben oder an andere Staaten abgetreten werden sollen. Es ist nicht bei diesen Gebieten, auf die allgemeine politische Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung hinzuzweisen. Nur sobald sei in dieser Hinsicht gesagt, daß hier noch einmal um das Ansehen des ganzen deutschen Volkes gerungen wird. Beide bei dieser Abstimmung Blaue und Gleichgültigkeit, so ist das für die Entente ein sicherer Beweis, daß sie dem deutschen Volke auch fernherin alles bieten kann. Aber die Abstimmung ist gerade für die Arbeiterschaft auch von eminent praktischer Bedeutung. Das gilt ganz besonders für die Gebiete, die eventuell dem neuen polnischen Staate zugesetzt werden sollen und ihm sicher zufallen, wenn die Abstimmung nicht eine überwältigende Mehrheit für Deutschland ergibt. Ein Übergang dieser Gebiete an Polen bedeutet für die in diesen Gebieten ansässigen Arbeiter und Angestellten einen Rückfall in wirtschaftliche und sozialpolitische Zustände, wie sie dort vor 60 und mehr Jahren bestanden haben. Alle die sozial-politischen und gewerkschaftlichen Errungenschaften, die die Arbeiter in Jahrzehntelangem, opfervollem Kampfe errungen haben, sind verloren, wenn sie an Polen fallen. Wenn sich die Hunderttausende der Arbeiter und Arbeiterväter, die im Laufe der Zeit aus den östlichen Gebieten Deutschlands nach dem Westen abgewandert sind, der Urlaben erinnern, die sie einstmals nach dem Westen getrieben haben, und die damaligen Zustände mit den heutigen in ihrer Heimat vergleichen, dann haben sie einen Maßstab für das, was dort auf dem Spiele steht. Dann wissen sie, daß die Bedeutung dieser Gebiete an Polen gleichbedeutend ist mit dem Verlust alles dessen, was die Gewerkschaften seit dieser Zeit auch im Osten erreungen haben. Dahin sind dann die besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, die die Arbeiter im Osten heute so gut wie ihre Klassengenossen im Westen sich erkämpft haben; vorbei ist es mit dem Mittelvertrag, gestrichen ist mit dem Verlust aller dessen, was die Gewerkschaften seit dieser Zeit auch für die deutsche Arbeiterschaft bestimmt haben; keine Mode ist mehr von den Arbeiterschaft

mit Stadt und Land, Kosel, Tarnowitz, Kreuzburg, Beuthen, Lublinitz, Oppeln-Stadt und Land, Pleß, Ratibor-Stadt, Rohenberg, Rybník, Teile von Kamslau, Neustadt und Ratibor-Land.

Außerdem im Rheinland: Kreise Tübingen und Walmes.

Auskunft in allen auf die Abstimmung, die Bevölkerung nach den Abstimmungsgebieten usw. bezüglichen Fragen erhielt der "Deutsche Schuhbund für die Preußische und Auslandsdeutschen" in Berlin NW 12, Schloß Bellevue. Vorsprecher: Zentrum 422, 425, 426. Zweigstellen befinden sich in Altona, Rathaus; Cellestrasse, Mühlstraße 22; Düsseldorf, Biekenstraße 40; Frankfurt a. M., Glauburgstraße 80; Stettin, Mauerstraße 8; Leipzig-Schleußig, Lessingstraße 1; Stuttgart, Friedrichstraße 20, und München, Ismaninger Straße 22.

**Sie sind bereits seit 1919** ist jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die am 1. Januar das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat und in dem betreffenden Abstimmungsbezirk geboren ist oder dort vor dem 1. Januar 1919 ihren Wohnsitz gehabt hat.

Für Sollesmig muss der Wohnsitz für dort nicht bestehen bereitst vor dem 1. Januar 1900 dort gewesen sein. Die Abstimmung hat zu erfolgen für alle, die außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnen, in der Gemeinde, in der sie geboren sind. Es empfiehlt sich dringend, Ausweisnäpfe sofort zu beschaffen, soweit solche noch nicht vorhanden sind.

## Die Arbeitsseele.

Erziehung und Entwicklung der sittlichen Persönlichkeit nenne Dr. Maedler in der Gesellschaft für soziale Reform in Würzburg das Ziel der Menschheitsentwicklung. Darum sei die ethische Orientierung die Hauptaufgabe der Sozialpolitik, und dieser Einfluss der ökonomisch-materiellen Bindungen des Berufes mit dessen seelischen Bedürfnissen sei zu erreichen durch Berufsforschung, Berufsdiagnose, Beratung und Arbeitsnachweis.

Es ist anzuerkennen, wenn so den tieferen Ursachen der Arbeitsunzufriedenheit, dem tiefsten Sehnen des proletarischen Volkes, Verständnis entgegengebracht wird. Denn das ist es ja, das heute im Arbeitsleben so völlig fehlt, trotz des Achtstundentages und trotz der sogenannten hohen Löhne: die Arbeitsseele. Und weil die Seele fehlt, darum im tiefsten Grunde die Ungesittedehnt und der gähnende Entwicklungsrang.

Wir müssen arbeiten, dass rotssinn alle, und alle werden auch arbeiten, wenn sie fühlen, dass nicht nur der Verstand seine Pflichten zur Arbeit verlangt, sondern dass auch der sittliche Mensch Verständnis besitzt für die seelische Not. Immer wieder haben wir deshalb auch hingewiesen auf diese seelische Entwicklung, auf diese Notwendigkeit der Harmonie zwischen Arbeit und Seele, auf diesen gelungenen und seelischen Gehalt, wie es im Gewerkschaftsgefanzen geboren ist und wie ihn der Gewerkschaftskampf zur Wirklichkeit zu bringen bestrebt ist.

Das ist der höchste innerliche Wert des Gewerkschaftskampfes, dass er den Menschen innerlich frei machen soll, dass er ihn zur freien Arbeiterpersönlichkeit macht, und dass er diese heilige Persönlichkeitsfreiheit schützt durch die Macht der organisatorischen Kraft. Und das dieses seelische Wollen des arbeitenden Volkes heute so gebreiterlich spricht, ist vom Entwicklungspunkt betrachtet, der erfreuliche Beweis dafür, dass diese Erkenntnis von diesem edelsten gewerkschaftlichen Ziel zu reisen beginnt.

Die Menschheit wächst. Aus dem Innersten heraus quellen neue Werte. Von unten herauf. Aus dem Herzen des Volkes heraus wächst die Menschheit. Die Seele blickt auf, die Freiheitssonne, die Persönlichkeit der Arbeitsbrüder.

## Lohnbewegungen und Streiks.

Altina i. W. Auf unsere eingereichten Forderungen hin fanden am 11. Januar mit der Malerunion Verhandlungen statt, mit dem Ergebnis, dass vom Montag, 19. Januar, an der Stundenlohn für Kollegen über 20 Jahren M. 8,10 und für Kollegen unter 20 Jahren M. 2,90 beträgt.

## Lackierer.

### Bericht der Lackierersektion in Hannover für das Jahr 1919.

Das Jahr 1918 brachte das langersehnte Kriegsende, zugleich mit dem vollständigen politischen und militärischen Zusammenbruch des alten Deutschland. Eine wirtschaftliche Katastrophe schien ebenfalls unauflöslich, die Überstürzte Demobilisation, die Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, dazu der Mangel an Rohstoffen, alle diese Probleme ließen auch unsere Kollegen zu Anfang des Jahres mit Sorgen in die Zukunft blicken. Schien es doch, als ob namentlich unser Beruf infolge des Fehlens von Materialien besonders zu leiden haben würde. Doch können wir jetzt an der Schwelle des neuen Jahres mit Befriedigung konstatieren, dass alle diese Schwierigkeiten im allgemeinen gut überwunden sind. Unsere Lackierersektion hat unter Arbeitslosigkeit wenig zu leiden gehabt, es herrschte während des ganzen Jahres eine rege Nachfrage nach Lackierern, was sogar eine ganze Reihe Kollegen aus dem Bauberuf veranlasste, sich den Fabriken zuzuwenden. Zum ersten Male nach mehrjähriger Pause fand im Januar 1919 eine Sektionsversammlung statt, in welcher der Wiederausbau unserer Sektion beschlossen wurde. Der neu gewählten Sektionsleitung gelang dieses auch mit Hilfe des alten Kollegenstamms recht bald; mit allen in Frage kommenden Betrieben konnte die Verbindung wieder aufgenommen und die Kollegen der Organisation zugeführt werden. Dies war aber auch dringend notwendig, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Betrieben waren ziemlich verworren. Löhne von 80 Ag in dem einen, und M. 2 in dem andern Betriebe waren keine Seltenheit. Besonders ungünstig lagen die Verhältnisse in den Wagenfabriken. Auf Veranlassung des Sektionsvorstandes wurde für sämtliche in diesen Betrieben in Frage kommenden Branchen zum Zwecke einer zulässigen Vorgehens eine Arbeits-

gemeinschaft gegründet, die auch sehr gut gearbeitet und wesentliche Erfolge erzielt hat. Es wurden Tarife abgeschlossen mit den Firmen Israel & Sohn, Buschbaum & Co., Salobi und Voges. Zum ersten Male war es uns also möglich, in diesen Betrieben eine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses durchzuführen, die namentlich für unsere Kollegen eine wesentliche Erhöhung ihres Lohnminimums vorsieht.

Ein weiteres Abkommen über einen Sommerurlaub konnte ebenfalls abgeschlossen werden. — Die Metallindustrie war während des ganzen Jahres gut beschäftigt; Strömungen traten nur häufig infolge des chronischen Kohlemangels ein. Im Frühjahr wurden auch hier überall die Lohnsätze tariflich geregelt (für Facharbeiter unter 25 Jahren M. 1,80, über 25 Jahre M. 2 pro Stunde). Sämtliche Tarife (auch die in den Wagenfabriken) wurden zum 15. August gefündigt. Nach langwierigen Verhandlungen erfolgte dann der Abschluss eines Kollektivabkommen, das zunächst nur für die Metallindustrie galt, später aber auf die gesamte Gewerbswarenindustrie übertragen wurde. Der Mindestlohn wurde für Facharbeiter von 20 bis 25 Jahren auf M. 2, über 25 Jahre auf M. 2,20 festgelegt; über diese Höhe bereits hinausgehende Löhne wurden um 15 Ag erhöht. Ferner brachte dieser Vertrag eine Festlegung des Sommerurlaubs, eine Entschädigung beim Aussteigen (70 Ag), des Durchschnittlichen Wochenverdienstes sowie eine Regelung des Lehrlingswesens. Dieser Vertrag ist für das Wirtschaftsgebiet Hannover-Linden für verbindlich erklärt, so dass fast alle Kollegen unter diesen Bedingungen arbeiten. Wenn durch diesen Vertrag nun auch nicht alle Wünsche unserer Kollegen erfüllt wurden, namentlich die Augeständnisse in der Lohnfrage durchaus ungünstig waren, so stellt er aber doch einen wesentlichen Fortschritt gegen die früheren Zustände dar, indem es zum erstenmal gelang, in einer Reihe von Betrieben Fuß zu fassen, wo dieses bisher nicht möglich war. — Anfang November wurde auf sämtliche Löhne eine Teuerungszulage von 25 Ag pro Stunde gewährt, so dass am Jahreschluss in der hannoverschen Industrie folgende Mindestsätze galten:

für Facharbeiter unter 20 Jahren M. 1,90, 20 bis 25 Jahren M. 2,25 über 25 Jahre M. 2,45 pro Stunde. Zu bemerken ist hierbei jedoch, dass diese Höhe in den meisten Fällen schon bedeutend überschritten werden. — Auch für die bei den Straßenbahnen beschäftigten Kollegen brachte das verschlossene Jahr verschiedene Lohnbewegungen; auch hier besteht jetzt ein Tarifvertrag, der einen Lohnsatz von M. 2,40 für Facharbeiter über 25 Jahre vorseht. Verhandlungen über eine weitere Teuerungszulage schreben zur Zeit.

Die Arbeit des Sektionsvorstandes war eine sehr reiche. Festgestellt werden muss, dass auch die Vertrauensleute in den Betrieben im allgemeinen ihre Pflicht getan haben, und dass das Zusammenarbeiten mit dem Sektionsvorstand ein zufriedenstellendes war. Leider gibt es immer noch mehrere Betriebe, wo sich weder die Vertrauensleute noch die übrigen Kollegen an den Veranstaltungen der Sektion beteiligen; besonders von den Kollegen der "Hanomag" wäre etwas mehr Interesse sehr zu wünschen! — Der Sektionsvorstand erledigte seine Arbeiten in 9 Sitzungen, außerdem fanden 4 Vertrauensmännerversammlungen und 5 Sektionsversammlungen statt. Die Sektion war ferner vertreten auf der Konferenz der Arbeiterschaft der Waggonfabriken Deutschlands in Würzburg vom 26. bis 27. März sowie auf der Lackiererkonferenz in Hannover am 7. Dezember. Der Sektionsleiter nahm ferner an 11 Betriebs- und Werkstättenversammlungen sowie an 26 andern Sitzungen teil.

Die Sektion hält am Jahreschluss 285 Mitglieder gegen circa 100 im Jahre 1914, das Organisationsverhältnis ist in allen Betrieben ein sehr gutes.

Das ist in groben Zügen das, was ich über die Entwicklung der Sektion im Jahre 1919 berichten kann. Gute Fortschritte sind gemacht; es wird nun Sache unserer Kollegen sein, die errungenen Vorteile nicht nur zu behaupten, sondern auch weiter auszubauen. Gehen politisch auch die Meinungen auseinander, auf wirtschaftlichem Gebiete muss dem einzigen Unternehmertum auch eine einzige Front der Arbeiterschaft entgegengestellt werden, dann wird es uns auch gelingen, weitere Erfolge zu erzielen. Darum, Kollegen, arbeitet für Eure Organisation, damit wir auch im neuen Jahre für alle Kämpfe gerüstet sind.

O. Bugdowich, Sektionsleiter.

## Aus unserem Beruf.

**Freiburg i. Br. Resolution:** Die am 8. Januar im "Restaurant zur Neuen Welt", tagende Mitgliederversammlung nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, dass im neuen Reichstarifvertrag ein den heutigen Teuerungsverhältnissen angepasster Grundlohn nicht enthalten ist, und protestiert hiermit ganz entschieden gegen die Taktik der Verbandsleitung, die Regelung der Lohnfrage den einzelnen Filialen zu überlassen. Sie erachtet in dieser Taktik einen Verstoß gegen § 1 Absatz 2 und § 7 Absatz 2. Sie fordert deshalb von der Verbandsleitung, dass ein Grundlohn nach folgenden Grundzügen nebst den weiteren Forderungen, für das gesamte Tarifgebiet gültig, im neuen Reichstarif eingefügt werden muss. 1. Der Grundlohn ist in der Höhe der Kosten für das Existenzminimum einer fünfköpfigen Familie im Tarif festzulegen. 2. Dem festgesetzten Existenzminimum ist ein Zuschlag beizufügen, a) als Ausgleich für die Zeit der Arbeitslosigkeit im Malerberuf und für den Ausfall des Lohnes an Feiertagen; b) ein Zuschlag zum Existenzminimum von mindestens 40 Ag für Fortbildung, Erholung, Krankheit usw. und als Rücklage fürs Alter. 3. Ein örtlicher Teuerungszuschlag, der nach den örtlichen Teuerungsverhältnissen zu regeln ist. Der Grundlohn mit den dazu gehörenden Zulagen soll monatlich neu nach dem jeweils bestehenden Existenzminimum geregelt werden. Die Versammlung betrachtet diejenigen Entlohnungstafeln, die sich auf Kosten des Existenzminimums aufbauen und damit den jeweils bestehenden Preisverhältnissen für den Lebensunterhalt Rechnung tragen, für das sozial-Gerechte; auch ist sie der Meinung, dass eine Lohnforderung, die mit dem Existenzminimum begründet ist, mit ganz andern Argumenten vor der Deffensivseite vertreten werden kann, als sogenannte willkürliche Lohnforderungen. Um das Existenzminimum möglichst objektiv festzustellen, erachtet sie die Verbandsleitung, sich mit dem Gewerkschaftsbund in Verbindung zu setzen und sich an die Reichsregierung mit der Bitte zu wenden: die Reichsregierung möge entweder mit dem Reichswirtschaftsamt oder durch eine gemeinsame Kommission,

in der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu gleichen Teilen vertreten sind — auch Frauen müssten dazugezogen werden — mit einem unparteiischen Vorstande das Existenzminimum für eine fünfköpfige Familie festlegen zu lassen. Dieser Vertrag ist sodann als Grundlohn in den Reichstarif einzunehmen. Übrigen Einwendungen, das es unmöglich sei, für das ganze Reich ein deelles Existenzminimum festzulegen, halten wir entgegen, dass es im Geiste der Zwangswirtschaft, Platonierung der Lebensmittel, Kleidung, Schuhe, Wäsche usw. Preisdämmern und der beabsichtigten gebundenen Planwirtschaft nicht allzu schwer fallen dürfte, dies festzulegen. Die Kommission soll in der zweiten Hälfte jedes Monats zusammentreten, um nach den jeweils gezeigten Preisen das Existenzminimum aus das Ende jedes Monats erneut festzustellen. Die Verbandsleitung gibt das Resultat am ersten jedes Monats an ihre Mitglieder beziehungsweise Filialen weiter. Daselbe geschieht vom Arbeitgeberverband für seine Mitglieder. Auf Grund dieses monatlichen Existenzminimums wird der Lohn jedesmal rückwirkend vom 1. jedes Monats reguliert. Sollte es bis zum Termin des Tarifabschlusses am 15. Februar 1920 noch nicht festgestellt sein, so tritt an seine Stelle ein Provisorium mit einer den heutigen Teuerungsverhältnissen entsprechenden Lohnhöhung. Die Versammlung erwartet von der Verbandsleitung, dass sie diese Forderungen mit allem Nachdruck vertritt.

**Goslar.** Erst sehr spät haben die hiesigen Kollegen begriffen, dass die Erfolge der Novemberrevolution von 1918 in wirtschaftlicher Beziehung nur festgehalten und ausgebaut werden können, wenn sie sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Trotzdem die Filiale Braunschweig sich frühzeitig genug bemüht, um auch für Goslar die Vorteile der zentral geregelten Verhandlungen um Teuerungszulagen ganz zur Geltung kommen zu lassen, beharrten die Kollegen in der lethargie, die durch die langen Kriegsjahre geschaffen war. Unserm mehrmaligen Bemühungen, mit Hilfe des Goslarer Gewerkschaftsstadts untere Kollegen aufzurütteln, gelang es, am 8. Januar eine Versammlung der Kollegen zu stande zu bringen. Beider erschien auch hier nur ein Teil der Kollegen. Wir mussten am andern Tag eine Hausagitation vornehmen. Nun haben wir fast alle Kollegen organisiert. Diejenigen unserer Kollegen, die jetzt noch der Organisation fernstehen, sei es, dass sie außer Beruf tätig sein müssen, oder zurzeit arbeitslos sind, müssen auch noch zu uns herüber. Nur dadurch, dass alle Verbandskollegen sich uns anschließen, stellen wir dem Unternehmertum gegenüber eine Macht dar, die sich bei Lohnforderungen durchzusehen vermag. So wie bisher, Kollegen, kann es nicht weitergehen. Man scheint der Auffassung zuzugeben, dass die Organisation ein "Ding an sich" ist, das, ohne dass die Kollegen sich um ihren materiellen Stand bemühen, selbsttätig arbeitet. Nein, Kollegen, so ist es nicht. Den Widerstand bei unserem Bevölkeren sehen uns die Unternehmer entgegen. Die Goslarer Malermeister gehörten in ihrer Mehrzahl dem Arbeitgeberverband an. Sie könnten somit die Verhandlungen um die Teuerungszulagen bestimmen, während unsere Kollegen sich passiv verhielten, weil sie der Organisation fernstanden. Dieser Zustand ist nun hoffentlich überwunden, damit es auch für Goslar möglich ist, bei den Verhandlungen um einen neuen Reichstarifvertrag die Lohnverhältnisse auf den Stand zu bringen, wie er den heutigen Teuerungsverhältnissen entspricht. Das ist nur möglich, wenn alle hiesigen Kollegen nicht nur Zuschauer sind, sondern sich um die Organisation kümmern. Es ist uns durch Bestimmungen, die schon im April 1919 bei den Verhandlungen um erneute Teuerungszulagen in Kraft traten, möglich, über die Lohnhöhe örtlich zu verhandeln. Wenn dies für Goslar nicht gelingt, so sind lediglich die Goslarer Kollegen dafür verantwortlich, weil sie den Weg zur Organisation gesetzlichlich gemieden haben. Dass die Organisation trotzdem für Euch tätig war, mag eine Gegenüberstellung des Lohnes von 1914 und 1919 zeigen. Bei Kriegsausbruch betrug der Lohnsatz 51 Ag die Stunde und Ende 1919 M. 1,85. Das, Kollegen, verdankt Ihr dem Wirken der Organisation. Wir können aber nur ausgleichend mit den Preissteigerungen des Lebensunterhaltes wirken, wenn sich die Kollegen der Organisation anschließen. Darum, alle hinein in den Verband, Ihr seid es Euch und Euren Familien schuldig, für ausreichende Lohnbedingungen zu kämpfen. Nur wer kämpft, wird Erfolge erzielen. Wer interesslos beiseite steht, schädigt sich und seine Klassengenossen.

**Hamburg.** In der Mitgliederversammlung am 18. Januar 1920 stand zur Tagesordnung der Entwurf eines Tarifmusters, wie er vom Verbandsbeirat vorgelegt ist. Dasselbe war vom Filialvorstand, der erweiterten Verwaltung, unter Hinzuziehung der Betriebsoboleute vorbereitet worden. Hier waren verschiedene Zulage- und Abänderungsdauertage vorgesehen worden, die den Entwurf jedoch im wesentlichen unangetastet lassen. So kam der Entwurf in der Mitgliederversammlung zur Veratung. Kollege Tonn erläuterte denselben und forderte auf, alle Kräfte der Organisation anzuwenden, um einen günstigen Tarifabschluss zu erzielen. Die Diskussion war eine recht lebhafte. Vor allem wurde gefordert, dass die Akkordarbeit beseitigt wird. Die Versammlung beschloss demgemäß. Weiter wurde die Frage der Betriebsräte und ihrer Wirkamkeit erörtert. Widerpruch fand die Bestimmung, dass an Betriebsversammlungen, die im Betrieb stattfinden, der Arbeitgeber teilnehmen kann. In der Generalabstimmung wurde der Entwurf mit den von der Verwaltung gestellten Anträgen einstimmig angenommen. Ein weiterer Beschluss der Versammlung beauftragt den Filialvorstand, Schritte um eine Teuerungszulage zu unternehmen, die uns den Löhnen der Bauarbeiter mindestens gleichstellt. Eingangs der Versammlung war beschlossen worden, im zweiten Punkt der Tagesordnung die Notlage der arbeitslosen Kollegen zu behandeln. Der vorgerückten Zeit wegen musste der Punkt versetzt werden; er soll in der demnächsten Mitgliederversammlung als erster Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung kommen.

## Baugewerbliches.

**Wohnungsnot und Wohnungsbau.** Bei der täglich schwimmer werdenden Notlage im Wohnungswesen gilt es, die Erfahrungen und geistigen Kräfte des ganzen Landes für die Abhilfe nutzbar zu machen. Zu diesem Zweck hat der Deutsche Wohnungsbau e. V. Berlin-Schöneberg, Neue Steinwegstr. 4, soeben seine Mitglieder und andere

Freunde der Wohnungsreform zu einer Tagung mit dem Thema: "Wohnungsnot und Wohnungsbau" nach Berlin, Große Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 8, auf Donnerstag, den 20. Januar, eingeladen. Die eingeladenen Vorträge sind von ersten Sachleuten übernommen. In der anschließenden Aussprache dürfte reiche Gelegenheit sein, den praktischen Wert der einzelnen Abhilfsmöglichkeiten näher kennen zu lernen.

## Gewerkschaftliches.

**Verbandstage.** Der Verband der Steinarbeiter hält seinen 8. Verbandstag auf den 8. Mai 1920 und folgende Tage nach Würzburg ein. Unter anderem wird er sich auch mit dem Reichsstatutvertrag, dem Betriebsordnungsrecht und den neuen Aufgaben der Gewerkschaften beschäftigen. — Der Verband der Schuhmacher hält am 26. April 1920 und folgende Tage in Leipzig seinen 18. ordentlichen Verbandstag ab. Die Tagessitzung steht unter anderem auch die Verhältnisfrage in den lederverarbeitenden Betrieben vor. Eine Konferenz der Felter sozialer Bauarbeiterverbände kommt am 5. Februar 1920 nach Hamburg ein. Die Tagessitzung und folgende Punkte seitgestellt: Bericht über den Stand der Sozialisierung, Bericht der Delegierten über die Erfahrungen der einzelnen Genossenschaften, Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe. Die Finanzierung sozialer Baubetriebe. Dieser Konferenz schließt sich am 9. Februar eine weitere an, an der zwecks Information und Förderung der Sozialisierung auch der Verrat des Bauarbeiterverbandes und andere Gäste teilnehmen werden.

Der Bergarbeiterverband hat das Ausscheiden der langjährigen Vorstandmitglieder, der Genossen Hermann Sachse und Karl Stühmeyer, zu verzeihen. Genosse Sachse ist auf Vorschlag des Verbandes als geschäftsführendes Vorstandmitglied in das Kaliinstitut berufen, während Genosse Stühmeyer von der Regierung zum Landrat in Bochum ernannt wurde. Der Gesamtvorstand des Verbandes hat bestimmt, daß der bisherige zweite Vorsitzende, Genosse Friedrich Husemann, die Leitung des Verbandes übernimmt, während der Genosse Friedrich Waldheuer als zweiter Vorsitzender fungiert. Die Stelle des Hauptrichters wurde dem Genosse Hermann Büttner übertragen. Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist Friedrich Husemann, Bochum, Wiemelshäuser Straße 38/42.

**Geplante Verschmelzungen.** Neben einen zu schaffenden Mährungs- und Genussmittelindustrie-Verbande stand zwischen den Vorständen der Brauerei- und Mühlenarbeiter, des Bäckerverbandes, der Gastwirtschaften und des Fleischerverbandes vor kurzem in Berlin eine Aussprache statt. Einigkeit bestand darüber, daß die Entwicklung der heutigen Zeit dahin geht, große leistungsfähige Industrieverbände zu schaffen. Für das Mährungs- und Genussmittelgewerbe könnte eine derartige Organisation aber nur dann ausstehen, wenn alle in Frage kommenden Berufsgruppen sich an einer Schaffung eines Industrieverbandes beteiligen. Die Vertreter der Verbände erklärten, sich im Prinzip damit einverstanden, daß für das Mährungs- und Genussmittelgewerbe eine Industriorganisations geschaffen wird. In der ersten Hälfte des Monats März 1920 soll eine offizielle Konferenz der in Frage kommenden Gewerkschaften sich mit der Schaffung eines Industrieverbandes beschäftigen.

## Sozialpolitisches.

**Die Bilanz des Weltkrieges.** Die Carnegie-Stiftung für den internationalen Frieden hat in Washington einen Bericht über die gesamten direkten und indirekten Verluste herausgegeben, die die Welt durch den Krieg erlitten hat. In nackten Zahlen bedeuten diese Verluste 12 990 571 Tote und 331 612 542 560 Dollar Goldwert.

Die Ausgaben der am Krieg beteiligten Länder beliefen sich auf 186 Milliarden Dollar, die indirekten Ausgaben belaufen sich auf 151 612 542 560 Dollar. In dieser Zahl sind die Neutralen verursachten Schäden enthalten, die auf 1 750 000 000 Dollar geschätzt werden, sowie das Produktionsdefizit mit 45 Milliarden Dollar und die im Laufe des Krieges verlorenen Untersuchungen mit einer Milliarde Dollar.

Das Leben der Soldaten ist ebenfalls in Goldwert umgerechnet und unter die indirekten Ausgaben aufgenommen worden mit 33 531 266 280 Dollar. Die Eigentumsverluste verteilen sich folgendermaßen: Verluste auf der Erde 29 960 000 000 Dollar, Verluste im Meer 6 800 000 000 Dollar — das sind die versunkenen und anders zerstörten Schiffe und ihre Frachten.

Die Zahl der Toten, deren Identität nachgewiesen wurde, ist mit 9 903 771 angenommen, die der Vermissten, von denen man annimmt, daß sie tot sind, mit 2 991 800. Nicht berechnet wurde die Zahl derer, die an epidemischen Krankheiten, am Glend, an physischer Erschöpfung, hervorgerufen durch den Krieg, zugrunde gegangen sind. Diese Zahl läßt sich nicht feststellen, da sich nicht in jedem einzelnen Fall nachweisen läßt, ob der Krieg die indirekte Todesursache war. Zweifellos ist aber auch diese Zahl noch sehr hoch und unsere Nachkommen wird ein Grauen überfallen, wenn sie diese nackten Ziffern lesen und versuchen, den Sinn dieses Krieges zu ergreifen.

**Der Tag des Friedens.** Am 10. Januar 1920 ist endlich der Friede unterzeichnet worden. Noch 14 Monate hat es gedauert, ehe der Friedenszustand wirklich erreicht wurde. So freudig wie es auch begrüßt, daß unsre Gefangenen Brüder endlich heimkehren können, wir wissen aber auch, daß die Sorgen dieses ungerechten, voll Nachsucht und Proberungslust "dictierten Friedens" schwer und drückend Jahrzehntlang auf dem deutschen Volke lasten werden. Große deutsche Landestiere gehen für Deutschland verloren; Preußen hat über 4 Millionen Hektar abzutreten, dazu kommt Elsaß-Lothringen und ein Teil des bayerischen Pfalz. Rund 10 pft. der bisherigen Bevölkerung scheiden von Deutschland aus, über 8 Millionen Menschen, von denen etwa 4 Millionen das Deutsche als ihre Muttersprache bezeichnen. Weitere 6 pft. des Reichs unterliegen einem Abstimmungsverfahren, das das Reich mit dem Verlust weiterer 8 Millionen seiner Bürger bedroht. Wieviel im übrigen Deutschland sonst noch zu zahlen hat, soll erst eine sogenannte Reparationskommission bis zum Jahre 1921 festsetzen. Das riesige Besatzungsheer kostet alljährlich viele Hunderte Millionen. So ist der Friede von Versailles das Gegenstück des demokratischen Gerechtigkeitsfriedens durch Verständigung; er ist vielmehr nach Clemenceau die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln. Ein wirtschaftlicher Friede kann erst eintreten, wenn sich die Völker selbst von den Banden des Kapitalismus und Imperialismus befreit haben und über alle Grenzen hinweg die Brüderhand reichen.

## Verschiedenes.

**Die Technische Messe in Leipzig.** Die vom 14. bis 20. März 1920 stattfindet, enthält Musterlager folgender Geschäftszweige: Antriebsmaschinen, Dampfessel und andere Kraftquellen nebst Zubehör; elektrische Maschinen und Apparate für Stark- und Schwachstromanlagen; Triebwerke, Transmissionen und Zubehör; Versicherungsmittel und Förderanlagen, Hebezeuge, Kraftwagen, Luftfahrzeuge, Boote; Gasblase, Kompressoren und Pumpen; Minaturen und technische Kleinwaren; Werkzeugmaschinen, Werkzeuge und Apparate aller Art; Fabrikseinrichtungen, Maschinen und Anlagen für alle Industrien und Gewerbe; Beleuchtungs- und Lüftungsanlagen, technische Beleuchtungsanlagen, sanitäre Einrichtungen, Kühl-, Wasch- und Trockenanlagen, Heiz- und Ventilationsapparate, Schutz- und Sicherheitseinrichtungen; landwirtschaftliche Maschinen, einschließlich Gärten und Forstwirtschaft; Maschinen für Gleisbahnen, Berg- und Hüttentechnik; Werkzeuge und Meßgeräte; feinmechanische und optische Instrumente, Präzisionsapparate, Laboratoriumseinrichtungen und Lehrmittel.

**Besondere Unterabteilungen sind:** Bau- und Wohnbedarf, Installation, Architektur, alte und neue Baumaschinen und Geräte, Eisenbau, Eisenhochbau, Allgemeine technische Einrichtungen, technisches Zeitungswesen und Fachzeitschriften, Ingenieurwesen, Patentverwertung, Fabrikseinrichtung.

**Möbelfirma und Möbelfabrik:** Roh-, Grund- und Betriebsstoffe für chemische Fabriken, Maschinenbau und Bauwesen, chemisch-technische und mechanisch-technische Halberzeugnisse.

**Entwurfs- und Modellmesse,** Vermittlungsstelle für Künstler und Fabrikanten.

Anmeldungen von Musterläufen und Einläufersfirmen für die Allgemeine Mustermesse und die Technische Messe sind ausschließlich zu richten an das Münchner für die Musterläufe in Leipzig, das auch in allen Messeangelegenheiten Auskunft gibt.

## Fachliteratur.

Von der Deutschen Malerzeitung "Die Mappe" liegt das Januarheft (Heft 10 des 39. Bandes) in reichhaltiger, trefflicher Ausstattung vor. Es enthält die in Farbe und Zeichnung gut gelungene Tafel 40: Geburt der Venus, entworfen von Emil Bloch in Leipzig; Tafel 41: Wand-

und Decke, entworfen von J. Enders in Kreuzbach; Tafel 42: Zwei einfache Wände für Hausingänge; Tafel 43: Wandbehängstoffe nach alten Vorbildern, und in Schwarzbach die Tafel 44: Bayerische Bauernszenen, von Karl Sonner in Olching entworfen. Der legitime Teil, reich mit Illustrationen ausgestattet, bietet den Lesern vielseitigen Stoff zur Auseklärung, Belehrung und Unterhaltung. Möge darum diese in unsern Kollegenkreisen bestens bekannte Fachzeitschrift weitere Freunde und Abonnenten finden. Der Preis beträgt vierteljährlich nur M. 6. Die Deutsche Malerzeitung "Die Mappe" kann bei jeder Postanstalt bestellt oder auch durch den Verlag von Georg D. W. Gallwey in München bezogen werden.

## Literarisches.

**Jungvolk 1920.** Herausgegeben vom Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine. Auch dieser Jahrgang zeigt wieder die alte, schwule Ausmachung seiner Vorgänger. Inhaltlich hat er für unsre Jugend besonders Bedeutung, denn er behandelt im Hauptteil seiner Beiträge die Revolution und die Stellung der Jugend zur Revolution. So können wir unsern Lesern auch dieses Jahr wieder die Abschaffung des Kalenders nur dringend empfehlen; sie werden daraus manigfache Belehrung und reichen Genuss schöpfen. Der Preis des hübschen Bandes, der von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, zu beziehen ist, beträgt M. 1,80.

**Die Glocke.** Sozialistische Wochenschrift, herausgegeben von Marx u. Druck durch die Post oder Buchhandlung, bezogen vierteljährlich M. 6, Einzelheft 50 P., Vorwärts, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstraße 114.

**Die historische Zeitung von Karl Marx.** In neuer Ausgabe bringt die Buchhandlung Vorwärts in Berlin jetzt die ausgezeichnete Schrift heraus, die Karl Kautsky vor 10 Jahren als Studie zur Parteigeschichte und als Beitrag zur Entscheidung aktueller Fragen schrieb. Was seither in wichtigen Steigerungen in Deutschland und der Welt geschehen ist, hat die geschichtliche Bedeutung Marxschen Denkens so beweiskräftig in den Vordergrund treten lassen, daß die Schrift Kautskys jetzt erst recht wichtige Dienste der Auseklärung leisten wird. Preis M. 1,50 (ohne Zeitungsausflug).

**Blätter für Kriegsbeschädigte.** Von Großmann, Referent im Reichsarbeitsministerium. Verlag "Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H.", Berlin SW 45, Wilhelmstraße 9. Preis M. 1,50. Die Schrift des in der Kriegsbeschädigtenbewegung sehr bekannten Verfassers stellt ein recht aktuelles und vollkommenes Auskunftsmitteil über alle Fragen der Rentenversorgung und sozialen Fürsorge dar. Wer sich also rasch und zuverlässig über den derzeitigen Stand des Kriegsbeschädigtenrechts in Deutschland unterrichten will, greift zu diesem Werken, das wir bestens empfehlen können.

## Sterbetafel.

**Berlin.** Am 4. Januar starb der Kollege Hermann Sonnenstrand, geboren am 8. Januar 1871 in Alslieben. — Am 7. Januar starb der Kollege Adolf Grüning, geboren am 29. November 1887 in Stolp i. Pomm.

**Dresden.** Am 10. Januar starb nach kurzem Krankenlager unser langjähriger treuer Kollege Georg Hantsch im Alter von 55 Jahren.

**Erfurt.** Am 27. Dezember 1919 starb nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied Karl Dell im Alter von 40 Jahren.

**Leipzig.** Im Monat Dezember 1919 starben unsere Kollegen Clemens Steinert, Heinrich Jülich und Otto Hoppe.

**Mainz.** Am 4. Januar starb nach längstem Leiden unser Mitglied Pauli Wilhelmson, Mainz, im Alter von 55 Jahren.

**Zwickau.** Am 12. Dezember 1919 starb unser langjähriges Mitglied Karl Maß an Lungentuberkulose. — Am 7. Januar starb der Kollege Heinrich Brändel im Alter von 55 Jahren an Herzschlag.

Chre ihrem Andenken!

**Die Woche vom 25. bis 31. Januar 1920**  
ist die 4. Beitragswoche.

**Wagenlackierer**  
bei guter Bezahlung suchen  
Karosseriewerke Weinsberg  
G. m. b. H.  
Weinsberg i. Würtbg.

**250 kg verschiedene**  
**Lackfarben**  
preiswert abzugeben.  
**Adolf Lott,**  
Charlottenburg,  
Wilmersdorfer Straße 60a.

**Streichbürsten**  
**Pinsel aller Art**  
in Friedensqualität  
zu billigen Preisen liefer  
H. W. Witte, Berlin S 59,  
Fichtest. 2.

Wundliche Rückbildung zum Gewerkschaftsführer und Geschäftsführer im Malergeschäft durch Vermunterricht ohne Berufsbildung. Probebrief frei. Erfolg garantiert.  
Franz Wenzel, Leipzig-Gohlis.

**Blank stehende Lackflächen**

bei einmaliger Lackierung erzielt man auf

**Kronengrund!**

Lesen Sie das Handbuch „Neue ölfreie Grundiertechnik“ von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis M. 3,85 postfrei.  
Zu beziehen durch den Verlag des „Vereins-Anzeiger“, Hamburg 25, Claus-Groth-Straße 1, oder Paul Jaeger, Kunst- und Versuchsanstalt für ölfreie Grundiertechnik, Stuttgart, Paulinenstr. 5, oder jede Buchhandlung.

Verlag: H. Wenzel. Für die Redaktion verantwortlich: Dr. Mart. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.

**Geld verdienen** ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchstabenpausen an zur Herstellung von Brillant-Glasplatten aller Art ausspielen läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plastatmalereien herstellen. Besonders leicht wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und wirtschaftliches sind. Ganz Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 14 Doppelplättchen (jedes Alphabet 20 große und 26 kleine Buchstaben) in verschiedenfarbigen Schildern und in 5 verschiedenen Höhen von 1/2 bis 5 cm sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kreisschild im Wert von allein M. 5,50, einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsauflösung. Preis der kompletten Serie nur M. 14 gegen Nachnahme, oder gegen Einwendung von M. 18 Frankaufwendung. Albin Hutmacher, Maler, Bilden 1, Rheinland. Geehrter Herr Hutmacher! Es ist wirklich eine Freude, mit Ihnen Buchstabenpausen zu arbeiten. Denn seitdem ich mit Ihren Pausen arbeite, werde ich von jedermann gelobt über die Sauberkeit meiner Schilder, und was die Aluminium-Glas- und Plastatmalereien betrifft, muß ich Ihnen offen gestehen, daß dieselben, was vornehme Wirkung andeuten, einfach großartig sind. Ich habe einige Probebilder angefertigt und habe Ihnen einer Woche circa 20 Schilder im Auftrag. Ich ver spreche mir viel von diesen Schildern, denn man kann, was ja die Hauptfache ist, schönes Geld daran verdienen. Ich werde gern Ihre werten Artikel meinen Berufskollegen weiter empfehlen und zeitweise hochachtungsvoll! G. Goska, Maler, Galleriebleben.

Nr. 2 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.